

Als Schreibender ist man (eigentlich und an und für sich) ständig im Benehmen, sich zu informieren. Und es sollte Pflicht sein, stets und immer mal wieder nachzuschlagen, was der eigene Berufsstand bedeutet. Siehe da, im Handbuch des Journalismus steht Folgendes: „Das soll der Journalist tun: Informieren, kritisieren und Meinungen bilden – im Auftrag der Bürger, die alle Informationen benötigen, um den Mächtigen auf die Finger zu schauen und bei Wahlen die richtige Entscheidung treffen zu können. Der Journalist ist von der Verfassung eingesetzt als Treuhänder des Bürgers und nicht der Politiker.“ Die Journalisten, vor allem die des Mainstreams, sollten sich dieser Sätze annehmen. Sie sollten das in einem Brief an sich lesen, so eine Anregung einer kanadischen Professorin für Ethik, von uns Bürgern zu verfassen an alle verantwortlichen Redaktionen. Von **Frank Blenz**.

Die kanadische Ethikprofessorin Julie Ponesse hat in diesen Tagen eine flammende, eine tief empathische, [eine aufrichtige Rede](#) gehalten.

Sie forderte ihre Zuhörer unter anderem auf, Briefe an die Zeitungen zu schreiben. Ponesse sagte:

„Wenn Sie sich Sorgen über den Verlust von Gerechtigkeit machen, wenn Sie sich Sorgen darüber machen, welche Art von Leben für unsere Kinder möglich sein wird, wenn Sie Ihr Land zurückhaben wollen – das Land, um das uns die Welt einst beneidet hat – dann ist jetzt die Zeit zu handeln. Es gibt keinen Grund zu warten, es gibt keinen Luxus und keine Entschuldigung zu warten. Wir brauchen Sie jetzt. Jetzt ist es an der Zeit, unsere Politiker anzurufen und an unsere Zeitungen zu schreiben. Jetzt ist es an der Zeit zu protestieren, jetzt ist es an der Zeit, unsere Regierung herauszufordern und ihr sogar zu widersprechen.“

Zehn Prozent widerstehende Menschen einer Bevölkerung würden schon reichen, bestehende Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, sagte sie. Ihre Rede hatte das allgegenwärtige Unglück Corona im Blick. In Kanada und weltweit, in den Ländern, in denen Regierungen, Medien und mächtige Institutionen die Bürger bedrängen. Es stimmt, Briefe helfen allein nicht, aber sie sind ein Mosaikstein im Spiel des steten Tropfens mit dem Stein, der durch diesen ausgehöhlt wird.

Briefe an die Zeitungen sind Briefe an die Journalisten. Diese Berufsgruppe, besser diese Gruppe mächtiger Menschen, missbraucht diese Macht gerade so sehr wie vorher nicht. Sie müssen solche Briefe erhalten, um diesem Missbrauch endlich Einhalt zu gebieten, so

Professorin Julie Ponesse, die sagte, dass nicht das Virus unsere größte Bedrohung sei, sondern die Reaktion. Sie schloss in diesen Begriff „Reaktion“ den Aktionismus und die geradezu entfesselte Wut der Medien gegen Freiheit, Menschenwürde und Demokratie mit ihrer Macht und dem Geld und dem Einfluss im Hintergrund als Teil des Von-oben-nach-unten-Tretens ein.

Es ist zigfach zu beobachten, hier in Deutschland ebenso: Noch nie in einer Demokratie, wir nehmen mal an, dass wir in einer leben, hat ein Berufszweig seine Position so missbraucht und nicht verstanden. Es ist so: Journalisten sind keine Regierungssprecher, keine Pharmareferenten, sie sind keine Zensurexperten und Deutungshoheit-Privilegierte. Sie sind Treuhänder der Bürger, die Vierte Gewalt im Staat. Doch man schaue sich nur mal um: Der ZDF-Moderator zum Beispiel sagt im Vorspann von Heute: „Hier sind „die“ Nachrichten des Tages.“ Doch sind es ja nur eine (gelenkte) Auswahl von vielen Nachrichten. Diese „Auswahl“ ist subjektiv und eben stark und voller Arroganz interessengeleitet getroffen, wochenlang, monatelang Corona, das haben wir Zuseher vor Augen. Warum? Und vor allem warum so?

Im Handbuch des Journalismus (Wolf Schneider/Paul-Josef Raue) heißt es doch:

„Das soll der Journalist tun: Informieren, kritisieren und Meinungen bilden - im Auftrag der Bürger, die alle Informationen benötigen, um den Mächtigen auf die Finger zu schauen und bei Wahlen die richtige Entscheidung treffen zu können. Der Journalist ist von der Verfassung eingesetzt als Treuhänder des Bürgers und nicht der Politiker.“

Als Treuhänder ist der Journalist zugleich Vertrauter des Bürgers, einer, der transparent macht, was er da schreibt und produziert. Ganz Handwerker, ganz bei sich, ganz für die Menschen da und nicht für einen anderen „Auftraggeber“. Bei den Printmedien gibt es einen Begriff, den viele Menschen, Leser, leider nicht kennen. Wohl aus gutem Grund. Sonst könnten Medien nicht so arbeiten, wie sie es tun. Ich weiß, was ich da sage, ich habe in meiner persönlichen Umgebung nachgefragt. Fehlanzeige. Gut. Dieser Begriff heißt „Darstellungsform“. In jeder richtigen Zeitung (und anderen Medien) gibt es einen Mix von Darstellungsformen, im besten Fall vereint ein Blatt ein hohes Maß an Diversität und Pluralität, Texte, Fotos, Infos, Meinungen, Services, Anzeigen (damit wird das Geld verdient). Darstellungsformen sind z.B. die Meldung, der Leitartikel, die Glosse, der Kommentar, der Bericht. Weitere heißen z.B. Reportage, Feature. Ja, der Journalismus ist bunt. Nun kommt es aber: Diese Formen unterliegen Regeln. Und eine besagt, dass in den

nicht meinungsprägenden Texten eben nicht Meinung (des Autors) stehen soll. Die Nachricht (Meldung) muss neutral sein. Berichte dto. Die „Objektivität“ soll(te) Tagesgeschäft sein. Prüfen Sie mal eine Zeitung durch: Überschriften, Themen im Blatt, Themen, die im Blatt nicht vorkommen (obwohl sie sehr aktuell sind), Formulierungen in den Texten und so weiter – Sie werden merken, Meinung wird gemacht, vor allem, interessengesteuert. Und wenn eine Geschichte durchgedrückt werden soll wie die aktuelle, wird schon mal schweres Geschütz aufgefahren. Der Mensch, der Zweifel hat, wird zum „Impfmuffel“ immer und immer wieder abgestempelt. Prüfen Sie mal, wie viele Überschriften und Anreißer, Leitartikel (subjektiv) und (neutrale) Berichte dennoch subjektiv, tendenziös und zielgerichtet sind. Die Peitsche der Einseitigkeit zischt durch die Medien. Kommentare inklusive.

Das hat seine Gründe: Ist dem nicht so, dass die coolen Journalisten in den Stuben von Spiegel bis Zeit und TAZ und so weiter mit ihren tollen Jobs und Gehältern, die sie von den privaten Eignern der Verlage bekommen, danach handeln: Wessen Brot ich ess`, dessen Lied ich sing` ...? Ich stellte mir vor, als Zweifler, der ich bin, Sie lesen es ja, in einem Büro in Berlin zu sitzen und für „Die Zeit“ jeden Tag neuhochdeutsch „Content“ (Inhalt) zu schaffen. Man stelle sich vor, ich täte das so, indem ich gegen die Coronahysterie ankämpfte mit Fakten, mit Reportagen, mit Interviews, mit Analysen. Als Treuhänder der Bürger. Wie lange säße ich an diesem Schreibtisch? Man muss nur mal bei Facebook die Seiten „Der Spiegel“ oder „Die Zeit“ anklicken, jeden Tag erscheinen zig Corona-Artikel. Allein bei den Überschriften wird einem angst und bange. Und die meisten dieser Werke sind vor allem eines, nämlich so formuliert, was gerade angesagt, staatskonform und pharmafreundlich ist.

Wir Leser, Hörer, Zuseher – sollen wir diesen ganzen Mist allen Ernstes für dauerhaft als bare Münze, als seriös hinnehmen, lesen, mitmachen, dulden? Leider ist es gerade so, dass noch viele Bürger das so halten, dulden, nicht wahrnehmen, wenig ahnend, was läuft. Es ist Alltag wie auch das Beispiel: Die Springerpresse und neuerdings das Springer TV übt sich im Brunnen Vergiften, im Seelen Beschädigen. Die Macher sind so opportunistisch, wie man es nur sein kann. Auf der einen Seite protestiert das Vierbuchstabenmedium gegen Maßnahmen und Irrsinn, um auf der nächsten Seite Kritiker und Muffel gegen Maßnahmen und Irrsinn kleinzumachen. Den täglichen Hass gegen Russland gratis dazu.

Nicht nur die auflagenstarken Mainstreammedien und ihre Denkfabriken und Netzwerke sind am Werk. Auch in der Provinz tobt sich gerade treuhänder-fernes Schreiben aus. Und selbst wenn es ein Kommentar ist, der darf ja ausdrücklich subjektiv sein und auch mal böse, um wieviel höher sollen die Flammen noch lodern, die die Gerechtigkeit gerade verbrennen?

KOMMENTARE

## Impfzwang statt Lockdown

OLIVER HACH ÜBER KONSEQUENZEN AUS EXPLODIERENDEN CORONAZAHLEN

oliver.hach@freiepresse.de



Über 50.000 neue Coronafälle in Deutschland, davon allein 6000 in Sachsen: Nach diesem Tag dürfte es auch dem sorgloseren Teil der Bevölkerung allmählich dämmern, dass wir nicht mehr weitermachen können wie bisher. Wir werden um neue einschneidende Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie nicht mehr herumkommen – vor allem in Sachsen, wo die Impfquote beschämend niedrig ist.

Machen wir uns nichts vor: Die Argumente für und gegen das Impfen sind ausgetauscht, die Impfgegner sind beratungsresistent. Die österreichische Psychiaterin Heidi Kastner fasste es im Schweizer „Tages-Anzeiger“ treffend zusammen: Man solle sich die Mühe sparen, mit Menschen zu diskutieren, die das Recht auf eigene Meinung mit dem Recht auf eigene Fakten verwechseln. Jetzt hilft hier nur noch Druck – und der schnelle Aufbau zusätzlicher Impfkapazitäten.

Es war ein Fehler, wie Politiker in der Vergangenheit immer wieder betonten, es werde bei Corona keine Impfpflicht geben. Viele haben das falsch verstanden. Bei ihnen wurde der Eindruck erweckt, selbst im Katastrophenfall sei eine Gleichbe-

handlung von Geimpften und Ungeimpften garantiert. Ungeimpfte, die durch ihr Verhalten eben nicht nur sich selbst, sondern auch andere Menschen gefährden. Die nicht begriffen haben, dass auch in einer freiheitlichen Gesellschaft die Freiheit des Einzelnen dort endet, wo er anderen schadet.

Eine gesetzliche Impfpflicht für alle ab 16, wie sie die sächsische Ärztekammer fordert, mag schwer umsetzbar sein. Sehr wohl möglich und auch wirksam ist aber – neben der Ausweitung der Testpflichten für die gesamte Bevölkerung – ein erhöhter Druck auf Impfunwillige, selbstverständlich mit Ausnahme medizinisch begründeter Fälle. Warum gilt 2G in Sachsen nur in Gaststätten, Freizeit- und Kultureinrichtungen? Denkbar wäre eine Ausweitung auf den Einzelhandel, ausgenommen Waren des täglichen Bedarfs. Wir erinnern uns: Vor einem Jahr standen wir in der Vorweihnachtszeit vor geschlossenen Geschäften, als noch niemand die Möglichkeit hatte, sich gegen Covid-19 impfen zu lassen. Heute hätte es jeder selbst in der Hand. Daher: lieber indirekter Impfzwang für Ungeimpfte als Lockdown für alle. |oha

## Noch nicht in Kanzlermanier

CHRISTOPHER ZIEDLER ÜBER DEN SCHOLZ-AUFTRITT IM BUNDESTAG

leserbriefe@freiepresse.de



denzer  
len ge  
darübe  
forschu  
chen si  
dafür  
Deutsch  
zu ver  
land-Tre  
Prozent  
meine I  
das? Jens

### Gibt es eine all

Ja. Paragra  
gesetzes (C  
vid-19-Par  
das Bur  
um: „mit  
rates anzu  
le der Bev  
fungen od  
der spezif  
nehmen ha  
bare Krank  
ren Verlaufs  
ihrer epide  
rechnen ist“  
ner solchen  
„Personen, d  
dizinischen  
an Schutzim  
ren Maßnah  
Prophylaxe te

### Gibt oder ga der Bundesr

In beiden Teil  
es nach dem Z  
allgemeine Im  
cken, die in beid  
in den frühen 8  
die Weltgesu  
(WHO) die Pock  
rottet“ erklärt ha  
te ihre gesetzlich  
gegen eine Vielz  
ten, begonnen be  
folgten Poliomy  
mung), Diphtheri  
starrkrampf) und  
husten), ab 1970 au  
Bundesrepublik h  
Impfpflicht gegen

Quelle: Freie Presse

Dass Menschen in diesem Land sich Gedanken machen und anklagen, was in der Politik, in den Medien, unter uns, im Volk „los“ ist, liest sich so in einem Leserbrief an Jens Berger, NachDenkSeiten.

*Sehr geehrter Jens Berger,*

*aus ganzem Herzen vielen Dank für diesen sachlichen und aufklärenden Artikel. Meines Erachtens trägt Ihr Artikel dazu bei, die m.E. himmelschreiende, durch (un)verantwortliche, m.E. ethisch und moralisch völlig verkommene PolitikerInnen und Leitmedien sowie auf Unsachlichkeit aufbauende, m.E. bewusst herbeigeführte Hetzte gegen Millionen Ungeimpfte (potentiell erst einmal gesunde Menschen) und die damit verbundene Zersetzung/Spaltung der Bevölkerung hinzuweisen/aufzuzeigen! Nochmals vielen Dank dafür! Herzliche Grüße*

*Andreas Rommel*

Es ist an der Zeit, sich an den Schreibtisch zu setzen und an die Journalisten Briefe zu schreiben und sie daran zu erinnern, was zu tun und was endlich nicht mehr zu tun ist. Für die Bürger, für eine humanistische Gesellschaft da sein, als Treuhänder. Nicht als Hetzer.

P.S. Es gab schon mal eine Zeit, in der damaligen DDR, da Presseartikel sehr in dem Ton ausfielen wie jetzt wieder: staats- und machthörig. Nach der politischen Wende lasen sich die Artikel in den gleichen Gazetten (von den zunächst noch gleichen Autoren) plötzlich ganz anders...